

Vorlage Nr. 101.17.837

Keine Privatisierung der Wasserversorgung in Kassel

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel bekräftigt anlässlich der Beratung im Europäischen Parlament, dass die Wasserversorgung der Stadt Kassel in kommunaler Hand bleiben soll. Es darf nicht sein, dass europäisches Recht die Kommunen über eine Liberalisierung der Wasserversorgung zur Privatisierung zwingt. Die Wasserversorgung ist ein elementarer Teil der kommunalen Daseinsvorsorge.

Die Stadtverordnetenversammlung appelliert eindringlich an die deutschen Beteiligten am weiteren Gesetzgebungsverfahren - Europaabgeordnete wie Bundes- und Landesregierung - die von der Stadt Kassel und anderen Kommunen verantwortete Versorgung mit hochwertigem und preiswertem Trinkwasser als Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge unbefristet sicherzustellen.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Harry Völler

Uwe Frankenberger MdL
Fraktionsvorsitzender SPD

Gernot Rönz
Fraktionsvorsitzender B90/Grüne